

Koblenz, den 15. Mai 2011

## Wirkungsvolle Maßnahmen gegen Rassismus

Bundeszuwanderungsrat will Ergänzung des § 130 StGB/  
Bundesintegrationsministerium gefordert

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat fordert eine Erweiterung des Volksverhetzungsparagrafen im Strafrecht. Dr. Karamba Diaby, Vorsitzender des Gremiums kritisierte heute in Koblenz die unzulänglichen rechtlichen Möglichkeiten, sich gegen rassistische und diskriminierende Äußerungen zur Wehr zu setzen: „ Die gerichtliche Praxis in Deutschland und die Debatte um die Äußerungen von Thilo Sarazzin zeigen überdeutlich, dass wir wirkungsvollere Maßnahmen gegen rassistische und diskriminierende Äußerungen brauchen.“ Dr. Diaby kündigte eine Petition an den Deutschen Bundestag an, mit dem eine Ergänzung des § 130 Strafgesetzbuch erreicht werden soll.

Während der Jahrestagung des Bundesverbands von über 300 Ausländer- und Integrationsbeiräten am Wochenende in Koblenz forderten die Delegierten aus 13 Bundesländern zudem ein Begleitprogramm zur Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse. „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist ein guter Schritt in die Richtung,“ so Diaby, er reiche aber bei weitem nicht aus. „Wir brauchen vor allem Servicestellen in allen Bundesländern, die als erste Anlaufstellen für Ratsuchende dienen. Zudem erwarten wir vom Bund, dass er ausreichend Gelder in die Hand nimmt, um den Betroffenen notwendige Zusatzqualifikationen zu ermöglichen. Es darf in der Zukunft nicht vom Geld abhängig sein, ob ein Mensch als Arzt arbeiten darf oder aber sein Brot als Taxifahrer verdienen muss“, betonte Diaby.

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat sprach sich zudem für die Einrichtung eines Bundesministeriums für Integration und Migration aus. Diaby: „Nur so wird die propagierte Integrationspolitik der Bundesregierung auch glaubhaft!“